

Solidarität in einer Zeit der Krise

Erklärung der Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen

Die EU hat das Jahr 2010 zum "Europäischen Jahr des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung" ausgerufen. Vor dem Hintergrund von Versuchen, sich mit den gescheiterten und ungerechten Systemen zu beschäftigen, die die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst haben, gewinnt dieses Thema eine neue Bedeutung. Diese Krise stellt eine eindringliche Mahnung hinsichtlich des zerstörerischen Potentials eines unregulierten Wirtschaftswachstums dar sowie in Bezug auf Entwicklungsmodelle, die es versäumen, Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit anzusprechen. Sie ist die letzte in einer ganzen Reihe von Krisen – einschließlich Nahrungsmittel, Wasser, natürliche Ressourcen, Energie, Nuklearwaffen und Klimawandel – die den Frieden, die Stabilität und die Gerechtigkeit in unserer heutigen Welt bedrohen.

Diese Erklärung der Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen, zu der 29 europäische Länder gehören, richtet sich an alle europäischen Nationen. Wir müssen erkennen, dass unsere einzige Chance, eine langfristige Antwort auf die aktuellen Krisen zu finden, in dem erneuten Bemühen um globale Solidarität und Kooperation liegt. Inspiriert durch die christlichen Schriften und die Soziallehre der Katholischen Kirche, wie sie in den letzten Botschaften von Papst Benedikt XVI. zum Ausdruck kam, führen wir an, dass die Grundwerte, die unsere Antwort auf die aktuellen Herausforderungen durchdringen, die Würde des Menschen, das Gemeinwohl und die Förderung einer vollständigen menschlichen Entwicklung sein müssen.

Von der Frist zur Erfüllung der Millenniumentwicklungsziele sind wir jetzt fünf Jahre entfernt, und alle Versuche seitens der weiter entwickelten Länder, ihre Verpflichtung bis 2015 doch nicht einzuhalten, müssen unterbunden werden. In unserer zunehmend globalisierten Welt werden wir uns der Interdependenz zwischen Nationen und der Notwendigkeit auf globaler Ebene für das Gemeinwohl zu arbeiten, immer mehr bewusst. Hierbei muss die Herausforderung des Klimawandels noch besonders beachtet werden. Gleichzeitig werden die Rechte und die Würde der Schutzbedürftigen in der ganzen Welt weiterhin durch Handlungen und Politik der weiter entwickelten Nationen bedroht. Die steigende Zuwanderung der Betroffenen in EU-Länder hat uns auf sehr konkrete Weise die Forderung nach Solidarität näher gebracht.

Aber es gibt bereits Zeichen der Hoffnung. Vor allem sollten wir nicht unsere eigene Fähigkeit unterschätzen, Veränderungen herbeizuführen. Während es unerlässlich erscheint, dass unsere gegenwärtigen Probleme nach globalen Lösungen verlangen, haben wir alle die Fähigkeit, auf verschiedenen Ebenen unseren Einfluss in Bezug auf das Gemeinwohl geltend zu machen: durch politische Aktionen, durch unseren

Lebenswandel und durch unsere täglichen Beziehungen zu anderen. Auf europäischer Ebene bietet unsere Antwort auf die Finanzkrise die Gelegenheit, unsere Wirtschaftspolitik zu überprüfen und zu ändern.

Mit diesen Gedanken richtet die Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen einen Appell an alle europäischen Staaten, folgende Schritte zu unternehmen:

- Ergreifung von wirkungsvolleren Maßnahmen zum Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aufgrund der Erkenntnis, dass dies für die Zukunft aller Nationen genauso wichtig ist wie der Schutz des Finanzsystems.
- Einführung eines Systems von Standards und Richtlinien zur Sicherstellung, dass wirtschaftliche und finanzielle Aktivitäten nicht zum Nachteil menschlicher Entwicklung durchgeführt werden und nicht im Widerspruch zu unseren Verpflichtungen hinsichtlich internationaler Solidarität stehen.
- Förderung von Transparenz durch Einführung von Standards oder Bezeichnungen für Unternehmen, die sich den o. g. Normen und Richtlinien verpflichten.
- Einführung einer Steuer für Finanztransaktionen zur Gewinnung von Mitteln für die Entwicklungshilfe.
- Unterstützung einer Entwicklungspolitik, die menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Ländern fördert.
- Abschaffung von unfairen Bedingungen für Entwicklungshilfe, wie z.B. für afrikanische Entwicklungsländer die Koppelung an die Zusammenarbeit mit Frontex (der EU-Grenzschutzagentur).
- Verstärkte Bemühungen in Europa zur Begrenzung der Ursachen des Klimawandels und Unterstützung von Entwicklungsländern bei ihrem Einsatz gegen den Klimawandel durch die Bereitstellung von ausreichenden Ressourcen, unter Berücksichtigung ihrer eingeschränkten Möglichkeiten, mit den Folgen des Klimawandels fertig zu werden.

Die Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen (Justitia et Pax Europa oder CEJPC) ist ein europäischer Zusammenschluss von 31 nationalen Justitia et Pax Kommissionen. Jede wurde von der jeweiligen katholischen Bischofskonferenz des Landes eingerichtet oder anerkannt. Das Sekretariat der CEJPC befindet sich gegenwärtig in Paris (Frankreich).